

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45

**Landtagswahlprogramm 2021  
Ökologie/ Land- und Forstwirtschaft /  
Mobilität  
Entwurf ÖPL**

Verfasser: Ökologische Plattform Baden-Württemberg

46 **Inhalt**

47	<b>1. 2.</b>		
48	Forderungen für andere Themenbereiche		3
49	<b>2.1. Wirtschaftspolitik</b>		3
50	<b>2.2. Barrierefreiheit</b>		4
51	<b>2. 4.</b>		
52	Unsere Themenbereiche		5
53	<b>4.1. Regionale Strukturpolitik</b>		5
54	<b>4.2. Für eine soziale, ökologische und demokratische Energiewende</b>		9
55	<b>4.3. Ökologisches Bauen</b>		12
56	<b>4.4. LINKE Verkehrspolitik – Vom Autoland zur 'Neuen Mobilitätskultur'</b>		14
57	4.4.1. ÖPNV		17
58	4.4.2. Güterverkehr auf die Schiene - Jetzt handeln.		19
59	4.4.3. Straßenverkehr		20
60	4.4.4. Förderung des Radverkehrs		21
61	4.4.5. Luftverkehr		22
62	<b>4.5. Landwirtschaft</b>		23
63	<b>4.6. Bodenschutz und Artenvielfalt</b>		26
64	<b>4.7. Gewässerschutz</b>		28
65	<b>4.8. Die Forstwirtschaft – Ökosystem Wald widerstandsfähig machen</b>		31
66	<b>4.9. Verbraucherschutz ausbauen</b>		33
67	<b>4.10. Tierschutz stärken</b>		34
68	<b>4.11. Tourismus – sanft und ökologisch</b>		35
69	<b>4.12. Raumordnung und Naturschutz – Lebensgrundlagen erhalten</b>		36
70			
71			
72			

73 **4. Forderungen für andere Themenbereiche**

74 **4.1. Wirtschaftspolitik**

75 **1) Zentrale Forderung**

76

77 Die Corona-Investitionsprogramme müssen an ökologische Grundsätze geknüpft sein.  
78 Falls ein Unternehmen klimaschädlich ausgerichtet ist, dann müssen staatliche Gelder  
79 an ein staatliches Stimmrecht in Zukunftsfragen gekoppelt sein, um sicherzustellen,  
80 sodass in dem Unternehmen der Pfadwechsel in eine klimaneutrale Form des Wirt-  
81 schaftens eingeleitet wird.

82

83

84 **2) Zwei weitere wichtige Forderungen**

85

- Aktive Bürgerbeteiligung ist auf allen Ebenen anzustreben.

86

- Die Einführung eines Informationsfreiheitsgesetzes (IFG). In vielen Bundeslän-  
87 dern können Behördendaten bereits abgerufen werden, in Baden-Württemberg  
88 noch nicht. Das IFG ist ein wichtiges Werkzeug, um über Behördenvorgänge  
89 Klarheit zu erlangen.

90

91

92 **4) Welche Auswirkung hat die Corona-Krise auf euren Themenbereich?**

93

94 Die Corona-Investitionsprogramme müssen an ökologische Grundsätze geknüpft sein.  
95 Falls ein Unternehmen klimaschädlich ausgerichtet ist, dann müssen staatliche Gelder  
96 an ein staatliches Stimmrecht in Zukunftsfragen gekoppelt sein, um sicherzustellen,  
97 sodass in dem Unternehmen der Pfadwechsel in eine klimaneutrale Form des Wirt-  
98 schaftens eingeleitet wird.

99

100 **5) Änderungsbedarf für Frauen?**

101

102 **6) Kritik an der Grün-Schwarzen Landesregierung**

103

104 **7) Stichworte/Textentwurf mit max. 1.500 Zeichen (ca. ½ DIN A4-Seite)**

105

106 Eine Ökologiepolitik, die unserer Situation gerecht wird, kann nur dann in sich stim-  
107 mig und konsequent entwickelt werden kann, wenn man zu einem grundsätzlichen  
108 *Paradigmenwechsel* bereit ist, das heißt, wenn der Ausgangspunkt des Denkens  
109 nicht mehr lautet: Mit welchen technischen Mitteln können wir das Bestehende weiter  
110 aufrecht erhalten, was an fossiler Energie können wir in welchem Zeitraum substitu-  
111 ieren, sondern wenn man grundsätzlich mit dem Tabu des ökoliberalen Mainstreams  
112 bricht, dass *absolute Verbrauchsreduktionen* gar nicht gedacht werden dürfen.  
113 Glaubwürdige Ökologiepolitik müsste zunächst das Märchen entlarven, dass sich  
114 das BIP-Wachstum in genügendem Maße entkoppeln ließe vom Energie- und Res-  
115 sourcendurchsatz, das Märchen, dass ein Wachstum „mit anderen Mitteln“ möglich  
116 wäre. Glaubwürdige Ökologiepolitik müsste sich konsequent vom Wachstumspara-

117 digma verabschieden und politisch durchdeklinieren, wie wir eine solidarische sozial-  
 118 ökologische Gesellschaft auf einer wesentlich schmaleren materiellen Basis als  
 119 heute aufbauen können.

120  
 121 Aber das quantitative Ausmaß der industriellen Fertigung wird erheblich zurückgefah-  
 122 ren werden müssen, wenn wir tatsächlich CO<sub>2</sub>-neutral wirtschaften und leben wollen.  
 123 Es steht eben *nicht nur der Kapitalismus* mit seinem eingeschriebenen Wachstums-  
 124 zwang zur Disposition, sondern *auch der Industrialismus und Konsumismus*. Zu be-  
 125 denken ist, dass die etwa dreihundert Jahre Industrialisierung, die ohnehin nur einen  
 126 Teil des Planeten betraf, nur auf der Basis von Kohle und Erdöl möglich waren, die  
 127 jetzt zur Neige gehen bzw. im Boden bleiben müssen. Aufgrund der wesentlich gerin-  
 128 geren Energiedichte werden uns die Erneuerbaren bei Weitem nicht das an Energie  
 129 liefern können, was uns die fossilen Quellen geliefert haben. Menschheitsgeschicht-  
 130 lich betrachtet ist die recht kurze Zeitspanne von 300 Jahren eine Singularität, eine  
 131 Ausnahmesituation, die nicht einfach weiter in die Zukunft zu extrapolieren ist.

132  
 133 Die ökologische Wende erfordert eine Industriepolitik, die sicherstellt, dass ab 2035 in  
 134 Deutschland klimaneutral produziert wird. Dieses notwendige Konzept umfasst zum  
 135 einen die Transformation: Die alte CO<sub>2</sub>-lastige Produktion muss überführt werden zu  
 136 einer Produktion von Gütern, die klimaverträglich sind. Zum anderen müssen alle Pro-  
 137 dukte in nachhaltigen Stoffkreisläufen zirkulieren können, um endliche Ressourcen zu  
 138 schonen. Der Gesetzgeber muss ein solches Produktdesign gesetzlich vorschreiben.  
 139 Um diese Transformation zu erreichen sind neben gesetzlichen Vorgaben für die Un-  
 140 ternehmen alle Investitionen in Forschung und Entwicklung auf diesen Umbau zu kon-  
 141 zentrieren.

## 142 **4.2. Barrierefreiheit**

### 143 **1) Zentrale Forderung**

144

### 145 **2) Zwei weitere wichtige Forderungen**

146

### 147 **4) Welche Auswirkung hat die Corona-Krise auf euren Themenbereich?**

148

### 149 **5) Änderungsbedarf für Frauen?**

150

### 151 **6) Kritik an der Grün-Schwarzen Landesregierung**

152

### 153 **7) Stichworte/Textentwurf mit max. 1.500 Zeichen (ca. ½ DIN A4-Seite)**

154

155 Das Land muss die Barrierefreiheit als Querschnittsthema voranbringen. Das gilt im  
 156 Besonderen für den Schienenverkehr und Verkehrsknotenpunkte, wo immense Defi-  
 157 zite vorhanden sind, insbesondere was Orientierungshilfen und vernetzte Leitsys-  
 158 teme für blinde und sehbehinderte Menschen anbelangt. Hierzu gehört die Entwick-  
 159 lung von Landesstandards zur Barrierefreiheit. Wir wollen die konsequente Anwen-  
 160 dung des Zwei-Sinne-Prinzips. An Haltepunkten soll ergänzend zu visueller Fahrgas-  
 161 tinformation eine akustische Informationsausgabe nachgerüstet werden.

162

163 **6. Unsere Themenbereiche**

164 **6.1. Regionale Strukturpolitik**

165 **1) Zentrale Forderung**

166

- 167 • Einheitliche Konstituierung der 12 Regionalverbände als direkt gewählte Regi-  
168 onalversammlungen mit einem demokratischen Wahlrecht und mehr Kompe-  
169 tenzen und Verantwortungsbereichen: Regionalplanung, Verkehrsplanung,  
170 strukturpolitische Instrumente, Mobilitätspolitik, Transformationsdialoge hin zur  
171 Klimaneutralität

172

173 **2) Zwei weitere wichtige Forderungen**

174

- 175 • Die Kommunen treffen gemeinsam über die Regionalverbände die Standort-  
176 entscheidungen, Boden ist Gemeingut und keine Ware
- 177 • Triple Zero: Null Ressourcenverbrauch, Klimaneutralität, Energieautonomie in  
178 Baden-Württemberg

179

180

181 **4) Welche Auswirkung hat die Corona-Krise auf euren Themenbereich?**

182

- 183 • **Die Corona-Investitionsprogramme müssen ökologische ausgerichtet**  
184 **werden**

185

186 **5) Änderungsbedarf für Frauen?**

187

188 **6) Kritik an der Grün-Schwarzen Landesregierung**

189

190 **7) Stichworte/Textentwurf mit max. 1.500 Zeichen (ca. ½ DIN A4-Seite)**

191

192 Kompakte Siedlungsstrukturen mit örtlichen Wirtschaftskreisläufen sind lange schon  
193 einer räumlichen Trennung von Wohnort, Arbeitsleben, Freizeitvergnügen und sozia-  
194 len Kontakten gewichen. In Baden-Württemberg mit seiner starken Automobilindust-  
195 rie, kommt dem PKW zur Beförderung heute eine dominierende Bedeutung zu, der  
196 öffentliche Personennahverkehr ist nur in städtischen Ballungsräumen ausreichend  
197 entwickelt. Doch immer stärker werden die Schattenseiten dieser Automobilität sicht-  
198 bar. Immense Pendlerströme überlasten die Straßen, Auto- und LKW-Verkehr bringt  
199 gesundheitsschädigenden Lärm und Luftschadstoffe in die Gemeinden, der Ressour-  
200 ckenverbrauch ist gewaltig genauso wie der Ausstoß klimaschädlicher Emissionen.  
201 Immer mehr wertvoller Freiraum fällt dem Straßenausbau und neuen Logistikgewer-  
202 beflächen zum Opfer. Öffentlicher Raum in den Städten wird durch die hohe Kfz-  
203 Dichte unattraktiv und verödet. Der fortschreitende Ausbau der Hochleistungsver-  
204 kehrsinfrastruktur löst die skizzierten Probleme nicht, überfordert jedoch schon heute  
205 im Unterhalt die Straßenbaulastträger. Mobilität wird zudem stetig teurer, denn die  
206 Ära des billigen Öls neigt sich dem Ende zu. Mobil zu sein ist durch diese historisch  
207 gewachsenen räumlich getrennten Strukturen Voraussetzung für die gesellschaftliche  
208 Teilhabe, doch immer mehr Menschen können diesen Preis nicht mehr bezah-  
209 len. Die hohe Geschwindigkeit des Verkehrs führt zur Zersiedelung und erzeugt so

210 eigene Raumstrukturen. Es überwiegen die Kapitalinteressen von Großkonzernen, die  
211 nur an Rendite denken und nicht an die Interessen der Menschen. 60% der Güter-  
212 Transporte können durch regionales Wirtschaften vermieden werden. Der Preis des  
213 Gütertransports muss abhängig von der Transportdistanz gemacht werden, um diese  
214 verfehlten Entwicklungen einzudämmen.

215 Für DIE LINKE liegt dem sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft eine andere  
216 Perspektive zugrunde: die solidarische regionale Strukturpolitik. Die Teilhabe der  
217 Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungen, wie wir Energie erzeugen, wie wir  
218 Handel betreiben, wie wir produzieren wollen und in wessen Besitz sich Netze, Pro-  
219 duktionsanlagen oder auch die Stadtwerke befinden, schafft die notwendige Akzep-  
220 tanz, auch auf lokaler Ebene, für die Frage, wie wir eigentlich leben wollen.  
221 Notwendig ist ein anderes Herangehen an die Regionalpolitik. Politische Eingriffe  
222 und Vergünstigungen können das Ausbluten der strukturärmeren Regionen stoppen.  
223 Universitäten und Fachhochschulen sowie öffentliche Einrichtungen und Behörden  
224 können in die Regionen verlagert werden. Daneben können durch Steuererleichte-  
225 rungen für Unternehmensgründungen Anreize entstehen.

226  
227 Es geht darum, ein fühlbares Gegengewicht gegen die Anziehungskraft der "Cluster"  
228 aufzubauen. Das Ziel ist immer, die Arbeit zu den Menschen zu bringen und nicht die  
229 Menschen zur Arbeit.

230  
231 Im Prinzip muss also gelten: Die Steuersätze werden z.B. systematisch an die Ar-  
232beitslosenquote, eventuell auch an einige weitere Indikatoren gekoppelt. Je höher die  
233 Beschäftigung, desto höher die Gewerbesteuer. Für die reichen Kommunen müssten  
234 die Steuersätze im Vergleich zum derzeitigen Stand damit deutlich heraufgesetzt  
235 werden. Die Mehreinnahmen, die Boomstädte dadurch erzielen würden, müssen sie  
236 an die Kommunen und Regionen mit den niedrigeren Gewerbesteuern abführen. Sie  
237 sollen dort dazu dienen, der weiteren Verarmung dieser Kreise und Gemeinden ent-  
238 gegenzuwirken. Ein solches Steuersystem müsste neben einer regionalpolitisch dif-  
239ferenzierten Gewerbesteuer auch unterschiedliche steuerliche Abschreibungssätze  
240 für Investitionen beinhalten. In den schwächeren Regionen werden durch entspre-  
241 chend verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten Investitionen rentabler gemacht als  
242 in den Boomzentren. Dieses Verfahren könnte ergänzt werden durch steuerliche An-  
243 reize zur Vermeidung von weiteren Flächenverbrauch.

244

245 **8) Material**

246

247 **Wir brauchen endlich die "Sozialisierung der Investition" (John Maynard Keynes 1936 in seiner „Allgemeinen Theorie“)**

248

249

250

251

252

253

254

255

256

257

258

259

260

261

262

263

264

265

- Es sei Abschied zu nehmen als erstes von der Liquiditätspräferenz des Kapitals, nämlich dorthin zu gehen, wo es den schnellsten Profit bringt;
- zweitens müsse die "Euthanasie des Rentiers" herbeigeführt werden, den Kapitalisten sei ihr arbeitsfreies Einkommen zu streichen und
- drittens müsse die Investition vergesellschaftet werden, da sie vom Kapitalisten nicht in einer Höhe geleistet werde, die Vollbeschäftigung sichere, sondern eben, um den höchstmöglichen Profit zu garantieren, was zu einer offenkundigen Fehlallokation der Produktionsmittel führe.

(Vollbeschäftigung war für Keynes (die "Allgemeine Theorie" erschien 1936, mitten in den Jahren der größten Massenarbeitslosigkeit der Geschichte des Kapitalismus) die herausragende Aufgabe der Wirtschaft. Der Staat müsse für den vernünftigen Einsatz der Mittel sorgen. (Für Keynes verkörperte der Staat das Allgemeininteresse, er verstand seine Theorie ausdrücklich als Entwurf für einen funktionierenden Kapitalismus und als Gegenentwurf zum Sozialismus.))

266

-----  
**Forderungen aus der Düsseldorfer Erklärung (Architekten, Stadtplaner, ...)**

267

268

**Die klare Trennung öffentlicher und privater Räume**

269

270

271

272

273

274

275

276

277

278

279

280

281

282

283

284

Der öffentliche Raum von Straße und Platz: Der öffentliche Raum bildet das Rückgrat eines jeden Stadtquartiers der Europäischen Stadt. Platz- und Straßenräume repräsentieren nicht nur das Gemeinwesen der Städte in einer demokratischen Gesellschaft wie der Bundesrepublik Deutschland, sondern sie sind auch die Räume, in denen sozialer Austausch, Handel, Verkehr und Kommunikation stattfinden. Der öffentliche Raum ist damit der Sozialraum der Europäischen Stadt. Der öffentliche Grünraum der Stadt: Der städtische Park, die Straßentallee oder der Boulevard der Stadt sind öffentliche Grünräume, die nicht nur der Schönheit und der Erholung dienen, sondern darüber hinaus auch einen hohen ökologischen Wert für das Stadtklima haben. Der private Blockinnenraum: Im Unterschied zu den öffentlichen Räumen steht der private Garten- und Hofraum, der im direkten Anschluss zu den Häusern der Stadt liegt und den Hausbewohnern damit als erweiterter Lebensraum mit Gärten, Kinderspielplätzen etc. zur Verfügung steht. Nur durch die klare bauliche Trennung vom öffentlichen Raum erhält der Hofbereich als privater Raum seine eigene funktionale Qualität, die einen hohen Stellenwert im Städtebau der europäischen Stadt hat.

285

**Die gute und dauerhafte Gestaltung von Häusern, Straßen- und Platzräumen**

286

287

288

289

290

291

292

293

294

295

In der Europäischen Stadt sind Plätze und Straßen in der Regel von Häusern umgeben, die diese städtischen Erschließungsflächen zu städtebaulichen Räumen werden lassen. Die Schönheit dieser Stadträume wird dabei zunächst von der Proportion, also dem Verhältnis von Breite zu Höhe bestimmt. Darüber hinaus sind die Fassaden der Häuser, die sich den Straßen und Plätzen zuwenden, von prägender Bedeutung für den öffentlichen Raum, den sie mit ihrem Gegenüber bilden. Wie im Städtebau muss auch in der Architektur der Häuser zwischen „vorne“ und „hinten“, zwischen „öffentlich“ und „privat“ unterschieden werden. Der Entwurf der Stadt benötigt den bewussten Einsatz von Straßen- und Platzfassaden.

296 **Die funktionale und soziale Vielfalt**

297 Grundlegende Voraussetzung für einen gelungenen integrativen Städtebau ist die Er-  
298 möglichen funktionaler und sozialer Vielfalt. Diese sollte möglichst nicht nur quar-  
299 tiersweise, sondern auch auf der einzelnen Parzelle entwickelt werden. Hierfür be-  
300 darf es geeigneter städtischer Gebäudetypologien, wie sie im Städtebau der Europäi-  
301 schen Stadt mit ihren Wohn- und Gewerbehöfen zu finden ist.

302

303 **Die urbane Dichte**

304 Das Stadtquartier der Europäischen Stadt verfügt über eine besondere bauliche  
305 Kompaktheit. Diese ist baulich energieeffizienter, verringert den Landflächenver-  
306 brauch, minimiert den Verkehr und ist damit durch geringeren CO2-Ausstoß klima-  
307 freundlich, erhöht die Effizienz des ÖPNV und befördert Fußläufigkeit und Fahrrad-  
308 mobilität (Stadt der kurzen Wege). Darüber hinaus ist eine hohe Bevölkerungsdichte  
309 die Voraussetzung für bestmögliche Versorgung.

310 Eine erhöhte städtebauliche Dichte entspricht auch unserer Verantwortung, den be-  
311 sonderen Anforderungen in Bezug auf Klimawandel und ein gesundes Leben in un-  
312 sereen Städten mit sauberer Luft und Ruhe gerecht zu werden. Diese Zielsetzungen  
313 sind unumstößlicher Bestandteil eines guten Städtebaus.

314

315 **Um sozial und funktional vielfältige Stadtquartiere mit angemessener urbaner**  
316 **Dichte und schönen Stadträumen entwickeln zu können, bedarf es der grundle-**  
317 **genden Änderung einiger Gesetze, wie beispielsweise der Baunutzungsverord-**  
318 **nung BauNVO und der TA-Lärm.**

319

320 **6.2. Für eine soziale, ökologische und demokratische Energiewende**

321 **1) Zentrale Forderung**

322

- 323 • Rekommunalisierung

324

325 **2) Zwei weitere wichtige Forderungen**

326

- 327 • Energieversorgung in Baden-Württemberg bis 2035 klimaneutral
- 328 • Verpflichtung auf das Pariser 1,5 Grad Ziel

329

330 **4) Welche Auswirkung hat die Corona-Krise auf euren Themenbereich?**

331

332 **5) Änderungsbedarf für Frauen?**

333

334 **6) Kritik an der Grün-Schwarzen Landesregierung**

335

336 Klima: Winfried Kretschmann und die Grünen-Fraktion treten für eine Pflicht zu Foto-  
337 voltaik-Anlagen auf Neubauten ein. Von der CDU kam starker Gegenwind. Das neue  
338 Klimaschutzgesetz wird zum Rohrkrepieler: Bereits bevor das Gesetz in den Landtag  
339 kam sind die wichtigsten Maßnahmen (Solarpflicht und regionale Ausbauziele EE)  
340 gestrichen. Geblieben ist eine Solarpflicht für nicht-Wohngebäude. Das Emissions-  
341 minderungsziel - 42% CO2 bis 2030 ist völlig unzureichend und bei den gefassten In-  
342 strumenten nicht realistisch erreichbar. Im Mobilitätssektor steigen die CO2-Emissio-  
343 nen weiter kontinuierlich an.

344

345 **7) Stichworte/Textentwurf mit max. 1.500 Zeichen (ca. ½ DIN A4-Seite)**

346

347 DIE LINKE sieht sich dem „1,5 Grad-Ziel“ des UN-Klimarahmenabkommens verpflich-  
348 tet und will daher alle Lebensbereiche klimaneutral gestalten.

349

350 **Klimaneutrale Energiesysteme in kommunaler Hand**

351 Als zentralen Eckpfeiler einer nachhaltigen Energieversorgung betrachten wir das  
352 kommunale Stadtwerk. Denn es bietet die Möglichkeit, den ökologischen Umbau mit  
353 sozialer Teilhabe, lokaler Wertschöpfung und demokratischer Gestaltungsmacht  
354 gleichermaßen zu verwirklichen. DIE LINKE. Baden-Württemberg unterstützt deshalb  
355 örtliche Initiativen beim Kampf um die Rekommunalisierung der Strom-, Gas-,  
356 Fernwärme- und Wassernetze als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

357 Wir wollen die Vormachtstellung fossiler Energiekonzerne und ihre Lobbykraft be-  
358 enden und das Energiesystem als Teil der Daseinsvorsorge kommunalisieren. Großkraft-  
359 werke müssen der Vergangenheit angehören und durch erneuerbare Schwarmkraft-  
360 werke ersetzt werden. Ein geothermisches und solares Energiesystem mit dezentralen  
361 Speichern macht die Energieversorgung in Baden-Württemberg bis 2035 klimaneutral  
362 und bringt Wertschöpfung in die Fläche. Das Klimaschutzgesetz muss mit dieser Ziel-  
363 vorgabe fortgeschrieben werden und die Kommunen zum Handeln verpflichten. Dazu  
364 gehört eine Solarpflicht im Neubau, die erleichterte Nutzung von Erdwärme und  
365 Wärme-/Kältenetzen, das Verbot fossiler Heizungen im Wärmegesetz, eine Windener-  
366 gieoffensive im Südwesten und Energieleitpläne in den Kommunen.

367 Diese Daseinsvorsorge ist ein Grundrecht. Deshalb unterstreichen wir: Niemandem  
368 darf das Grundrecht auf Wasser und Energie entzogen werden!  
369

370 **DIE LINKE fordert:**

- 371 • Sozialtarife für Strom und Wärme, verbrieftes Recht auf eine Mindestmenge  
372 Strom und Gas.
- 373 • Verbot von Stromsperrern (Ca. 25 000 in 2018) und Gassperrern
- 374 • Wiedereinführung der Gaspreiskontrolle
- 375 • Als Sofortmaßnahme will DIE LINKE ein Investitionsprogramm zur  
376 energetischen Sanierung landeseigener Immobilien auflegen.
- 377 • DIE LINKE fordert die Einführung eines progressiven Tarifmodells, so dass  
378 Einsparung honoriert und ein hoher Verbrauch sanktioniert wird.

379

380

381 **Rekommunalisierung bedeutet konkret**

382

383 1. Die Kommunen sollen die gesamte Betriebsführung der lokalen Versorgungsnetze  
384 wieder selbst übernehmen; Dies kann auch durch ein Konsortium von Stadtwerken  
385 flächendeckend gemeinsam gelöst werden. Damit soll gewährleistet werden, dass  
386 die Bürger/innen ortsnah, sicher und kostengünstig mit Energie versorgt werden.  
387 Mittelfristig- erarbeiten die Stadtwerke ein Konzept von Produktion über Verteilung  
388 bis zum eigenständigen Vertrieb von Gas, Wasser, Strom und Abwasser. Energy-  
389 Contracting zum Zweck der Energieeinsparung muss ein weiteres Geschäftsfeld  
390 werden, denn es Verbrauchern ohne Eigeninvestition Beträge zur Energiewende  
391 und dem Klimaschutz zu leisten.

392

393 2. Wir sagen JA zu einer Kooperation von benachbarten Städten und Gemeinden,  
394 wenn damit - wie aktuell in vielen anderen Städteverbänden - die  
395 Energieversorgung wieder in kommunale Eigenregie gelangt. Ein Rückkauf der  
396 Netze wie in Thüringen durch einen Verbund von Stadtwerken könnte auch in  
397 Baden-Württemberg eine sinnvolle Lösung darstellen.

398

399 3. Wir wollen, dass Energie künftig dezentral in kleineren, ökologisch verantwortbaren  
400 und ökonomisch sinnvollen Einheiten erzeugt wird. Damit können Leitungsverluste  
401 sowie der Ausbau kostspieliger Nord-Süd-Trassen reduziert werden. Zusätzlich  
402 brauchen wir mehr dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung (KWK). Die schwankende  
403 Produktion von Wind- und Solarenergie kann mit intelligent gesteuerten Kraft-  
404 Wärme-Kopplung-Anlagen (KWK) dem aktuellen Bedarf angepasst werden.  
405 Örtliche Städtebauprogramme sind an diesen Zielen auszurichten.

406

407 4. Eine dezentrale Energiewende ermöglicht lokale Wertschöpfung durch Aufträge an  
408 Dachdecker, Fassaden- und Heizungsbauer sowie Bauunternehmen. Dies schafft  
409 Arbeitsplätze und erhöht die Kaufkraft der Bevölkerung.

410

411 5. Zur Beratung und Kontrolle der Stadtwerke sollen Energiebeiräte eingerichtet  
412 werden. Die Energiebeiräte sollten mit Vertretern der Beschäftigten ebenso besetzt  
413 sein wie mit Umwelt-, Sozial- und Verbraucherverbänden. Stadt- oder  
414 Gemeinderäte sollten Rederecht, aber in diesem Gremium kein Stimmrecht haben.

415

416 **Die EnBW muss zum Akteur der Energiewende werden**

417 DIE LINKE fordert, die EnBW vom Kapitalmarkt zu nehmen und in öffentlich-  
418 rechtliches Unternehmen oder eine Stiftung umzuwandeln. Mit der organisatorischen  
419 Wende einhergehen muss ein klarer Kurswechsel zur Energiewende: Investiert  
420 werden soll nur noch in regenerative Energiesysteme. Des Weiteren soll die EnBW  
421 einen Kohleausstiegsplan vorlegen. Die AKW Philippsburg 2 und Neckarwestheim 2  
422 sind sofort stillzulegen. Solange die EnBW noch konventionelle Kraftwerke betreibt,  
423 sollen diese in einer speziellen Unternehmenssektion zusammengefasst und die  
424 schrittweise abgewickelt wird.

425 Wir wollen im Einzelfall prüfen, ob dezentrale Aktivitäten des Konzerns von  
426 kommunalen Stadtwerken besser geleistet werden kann. In diesen Fällen werden die  
427 Beschäftigten der EnBW von den Stadtwerken zu den Tarifverträgen der  
428 Energiewirtschaft für kommunale Beschäftigte übernommen.

429 Die EnBW muss alle fossilen Geschäftsfelder aufgeben, einen Fahrplan zur Kli-  
430 maneutralität ausarbeiten und Investitionen ausschließlich in Baden-Württemberg tä-  
431 tigen. Bis 2030 müssen alle Kohlekraftwerke vom Netz. Fracking ist gesetzlich zu un-  
432 tersagen.

433 **Der Weg zur Energiewende für Baden-Württemberg**

434 Um die Pariser Klimaziele einzuhalten, muss spätestens bis zum Jahr 2035 die  
435 gesamte Stromerzeugung in Baden-Württemberg auf der Basis erneuerbarer Energien  
436 erfolgt. Investitionen in nachhaltigen Verkehr/Transport und Wärmeerzeugung sind zu  
437 forcieren.

438 Wir setzen uns dafür ein, dass dieser Umbau so ökologisch, naturverträglich,  
439 wirtschaftlich effizient und so dezentral wie möglich von statten gehen wird. Die  
440 erforderlichen Technologien sind bereits verfügbar.

441 **6.3. Ökologisches Bauen**

442 **1) Zentrale Forderung**

443  
444 Die jährliche energetische Sanierungsquote soll auf bis zu vier Prozent des Bestandes  
445 angehoben werden.

446  
447 **2) Zwei weitere wichtige Forderungen**

448  
449 Mieten und Nebenkosten dürfen aufgrund der Sanierung in der Summe nicht teurer  
450 werden, daher muss die Umlagefähigkeit gestrichen werden.

451  
452 **4) Welche Auswirkung hat die Corona-Krise auf euren Themenbereich?**

453  
454 **5) Änderungsbedarf für Frauen?**

455  
456 **6) Kritik an der Grün-Schwarzen Landesregierung**

457  
458 **7) Stichworte/Textentwurf mit max. 1.500 Zeichen (ca. ½ DIN A4-Seite)**

459  
460 **Energie und Ressourcen einsparen**

461 Ein großer Teil des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes in Baden-Württemberg entsteht bei Heizwärme  
462 und der Warmwasseraufbereitung. Hier bieten sich große Einsparpotenziale, die zum  
463 einen stetig steigende Mietnebenkosten reduzieren und Aufträge für das Handwerk  
464 bringen. 70 % aller Gebäude sind ohne Vorgaben zur Wärmedämmung errichtet  
465 worden. Die jährliche Sanierungsquote sollte daher auf bis zu vier Prozent des  
466 Bestandes angehoben werden. Zur Gewährleistung schlägt DIE LINKE ein öffentliches  
467 Investitionsprogramm vor. Es muss sichergestellt sein, dass die Sanierung in einer  
468 sinnvollen Weise geschieht (bspw. keine Verwendung mineralölbasierter  
469 Dämmstoffe). Mieten und Nebenkosten dürfen aufgrund der Sanierung in der Summe  
470 nicht teurer werden, daher muss die Umlagefähigkeit gestrichen werden. Neubauten  
471 sind grundsätzlich als „Aktivhäuser“ zu konzipieren. In Gewerbe- und Industrieanlagen  
472 sind Einsparpotenziale durch Gesetze und Verordnungen stärker zu aktivieren. Auf  
473 Landesebene ist ein kapitalintensiver Fonds einzurichten, der Contracting-  
474 Maßnahmen zur Sanierung des Gebäudebestands finanziell absichert und eine  
475 budgetneutrale Finanzierung ermöglicht. Des Weiteren sind Maßnahmen zur  
476 Minderung des Ressourcenverbrauchs in der Industrie zu fördern. Energie-Agenturen  
477 sollen in Baden- Württemberg dauerhaft aus Steuermitteln finanziert werden.  
478 Die Abfallströme sind drastisch zu vermindern. Wir treten für dezentrale und umwelt-  
479 verträgliche Abfallbehandlungsverfahren anstelle von Müllverbrennung ein. Recycling  
480 muss deutlich ausgeweitet werden mit dem Ziel, Wertstoffe dauerhaft zu erhalten;  
481 Müllverbrennung ist keine umweltschonende Energiegewinnung und muss auf das  
482 absolut notwendige Maß begrenzt werden. Alternative Technologien zur Wertstoffer-  
483 fassung sind zu fördern und alternative Verfahren in Pilotanlagen zu erproben.  
484 Leider gibt es mächtige Energie- und Müllkonzerne, die am Status-Quo der Wegwerf-  
485 Gesellschaft maximal profitieren. Dabei nehmen diese Profiteure in Kauf, dass die  
486 Rückstände der Müllverbrennung unsere Lebensumgebung schleichend vergiften  
487 und Rohstoffe verschwendet werden. Kryo-Kunststoff-Recycling und andere Verfah-

488 ren zur Verschmelzung oder Verölung weisen einen energetisch u. ökonomisch güns-  
489 tigen Weg, auch Kunststoffe in die Kreislaufwirtschaft einzubeziehen u. füllen den  
490 bisher "weißen Fleck" im Ring der Kreislaufwirtschaft.

491

## 492 **Ökologisch Bauen und Wohnen**

493

494 DIE LINKE fordert schnelle Klimaanpassungsmaßnahmen wie helle (Straßen-)Ober-  
495 flächen, Brunnen und Dach- und Fassadenbegrünung in den Quartieren. Die in der  
496 Bausubstanz gebundene graue Energie soll möglichst erhalten bleiben. Unser Ziel ist  
497 ein kompakter und durchmischter Städtebau und ein Ende der Einfamilienhaussied-  
498 lungen. Neubauten sollen als Aktivhäuser ohne Pflicht zur Erstellung von PKW-Stell-  
499 plätzen, aus recyclingfähigen Materialien oder nachwachsenden Rohstoffen entste-  
500 hen, die Umweltkosten sollen konsequent bepreist werden. Energiesperren wollen  
501 wir untersagen und eine kostenlose Grundversorgung sicherstellen. Wer viel ver-  
502 braucht muss mehr bezahlen. Nötig ist ein wirksamer Mietendeckel und ein Zweck-  
503 entfremdungsverbot.

504

## 505 **8) Material**

506

507

---

## 508 **BDA fordert radikale Abkehr vom Wachstum**

509

510 Der Bund Deutscher Architekten (BDA) hat auf dem [15. BDA-Tag in Halle \(Saale\)](#) mit  
511 dem Positionspapier [»Das Haus der Erde«](#) einen programmatischen Aufruf für einen  
512 Paradigmenwechsel in Architektur und Bauwesen beschlossen. Das Papier plädiert  
513 in zehn Punkten für eine Abkehr vom Wachstumsgedanken und ruft Architekten und  
514 Stadtplaner auf, für ein Lebensverständnis einzutreten mit Schwerpunkt im Wieder-  
515 verwenden, Umnutzen, Nachnutzen und Mitnutzen.

516

517 Dazu zählen:

- 518 • Die »Intelligenz des Einfachen« muss die technische Aufrüstung zu »intelli-  
519 genten Gebäuden« ersetzen.
- 520 • Dem Erhalt des Bestehenden kommt Priorität vor dem leichtfertigen Abriss zu.
- 521 • Alle verwendeten Materialien müssen vollständig wiederverwendbar oder kom-  
522 postierbar sein.
- 523 • Der Verzicht auf kohlenstoffbasierte Materialien und fossile Brennstoffe im  
524 Bauen tritt an die Stelle der Energieeffizienz.
- 525 • Mobilität muss als konzeptionelle und gestalterische Aufgabe von Architekten  
526 und Stadtplanern verstanden werden.
- 527 • Die gewachsene Polyzentralität Deutschlands muss gestärkt werden.
- 528 • Eine Kultur des Experimentierens sowie politische Versuchsräume sollen  
529 Ideen und Vorschläge für klimagerechte Lebens- und Verhaltensweisen erpro-  
530 ben helfen.

531

532 **6.4. LINKE Verkehrspolitik – Vom Autoland zur 'Neuen Mobilitätskultur'**

533 **1) Zentrale Forderung**

- 534 • Verkehrswende: Vom Autoland zur 'Neuen Mobilitätskultur'

535 **2) Zwei weitere wichtige Forderungen**

- 536
- 537 • Ausbau des ÖPNV
- 538 • Ende des Verkaufs von Verbrennern mit nicht nachhaltigem Treibstoff bis 2025

539

540 **Sofortmaßnahmen**

- 541 • **Sofortige Einführung des Linksverkehrs in Baden-Württemberg**
- 542 • **Rot bedeutet freie Fahrt für freie Bürger**
- 543 • **Neue Vorfahrtsregel: Links vor Rechts**
- 544
- 545

546 **4) Welche Auswirkung hat die Corona-Krise auf euren Themenbereich?**

547

548 Milliardenhilfen müssen die Weichen auf eine nachhaltige Mobilität stellen

549

550 **5) Änderungsbedarf für Frauen?**

551

552 **6) Kritik an der Grün-Schwarzen Landesregierung**

553

554 **7) Stichworte/Textentwurf mit max. 1.500 Zeichen (ca. ½ DIN A4-Seite)**

555

556 **Verkehrswende: Vom Autoland zur 'Neuen Mobilitätskultur'**

557 Viele Milliarden Euro werden jährlich in umwelt- und klimaschädlichen Straßen- und  
558 Flugverkehr investiert, andererseits fehlen die Mittel für Busse, Bahnen, Fuß- und Rad-  
559 wege. Jährlich wächst die Zahl der Autos, Stadtpanzer überschwemmen die Wohnge-  
560 biete, und die Klimaemissionen im Verkehr schießen durch die Decke. Wir fordern das  
561 Ende des Verbrennungsmotors bei Neuzulassungen ab 2025. Das Auto kann aufgrund  
562 seiner Ineffizienz und Umweltwirkung nicht länger im Zentrum der Verkehrsplanung  
563 und Industriepolitik stehen. Wir wollen den Straßenaus- und Neubau beenden. Der  
564 Rad- und der Fußverkehr stehen für uns im Fokus; genauso wie die Verkehrsvermei-  
565 dung in der Siedlungsentwicklung durch kompakte und durchmischte Quartiere. Wir  
566 wollen autofreie Innenstädte, unser Ziel: 90 % der innerörtlichen Wege sollen bis 2035  
567 im Umweltverbund zurückgelegt werden. Im ländlichen Raum setzen wir auf ein Rad-  
568 schnellwege-Netz, Sharing-Angebote und bedarfsgesteuerte, wohnortnahe und digi-  
569 talisierte Mobilitätsangebote in öffentlicher Trägerschaft. Bei der Transformation des  
570 Verkehrssystems kann die Automobilindustrie Partnerin sein, deren Umbau wir zu-  
571 sammen mit den Beschäftigten und den Gewerkschaften vorantreiben wollen. Die  
572 Schiene muss modernisiert, reaktiviert und in der Fläche ausgebaut werden. Der  
573 ÖPNV muss in seiner Qualität erheblich verbessern werden. Mit der solidarischen  
574 Nahverkehrsabgabe wollen wir den Weg für einen ticketfreien Nahverkehr ebnen.

575 Notwendig ist eine Wende in der Verkehrspolitik in Richtung Entschleunigung. Es gilt  
 576 nachhaltige Mobilität in der Personenbeförderung zu ermöglichen und damit ein ge-  
 577 samtgemeinschaftliches Umdenken hinsichtlich verbreiteter Konsum- und Mobilitäts-  
 578 gewohnheiten zu unterstützen. Eine nachhaltige Infrastrukturentwicklung setzt ent-  
 579 schieden auf Verkehrsvermeidung, kurze Wege und ressourcensparsame Verkehrs-  
 580 mittel. Vor diesem Hintergrund ist die Raumordnung von großer Bedeutung. Zuneh-  
 581 mend wird Infrastruktur zentralisiert: Ausbildung und weiterführende Schulen werden  
 582 in die Zentren verlagert, kleine Nahversorger durch mächtige Discounter verdrängt,  
 583 Kulturinstitutionen fallen dem Spardiktat der Gemeinden zum Opfer. Kurzum, mit der  
 584 Zentralisierung verödet die Peripherie und es entsteht mehr Verkehr. Dörfer vergrei-  
 585 sen zunehmend oder entwickeln sich zurück zu Trabantsiedlungen deren Einwoh-  
 586 ner lange Strecken pendeln, meist mit dem Automobil.

587 Eine echte Verkehrswende muss zwei Dinge zugleich tun: das Erwünschte fördern  
 588 (öffentlichen Verkehr) und das Unerwünschte mit gezielten Maßnahmen eindämmen.  
 589 Ansonsten ist die Lenkungswirkung Null, es steigert sich höchstens das Gesamtver-  
 590 kehrsaufkommen. Ein ticketfreier öffentlicher Nahverkehr ist ein wichtiger Baustein für  
 591 die Verkehrswende. Aber er muss gleichzeitig mit Maßnahmen einhergehen, die den  
 592 motorisierten Individualverkehr aktiv zurückdrängen, ansonsten erreicht man erfah-  
 593 rungsgemäß nur eine Umstiegsquote von wenigen Prozent vom Auto auf Bus und  
 594 Straßenbahn. DIE LINKE will aus der Autogesellschaft aussteigen, um die Klimaziele  
 595 zu erreichen. Für das Autoland Baden-Württemberg ist dieser Transformationsprozess  
 596 eine gewaltige Aufgabe.

597

### 598 **Verkehrswende: Menschenfreundliche Städte und Gemeinden**

599

600 Wir wollen Städte und Siedlungsstrukturen so entwickeln, dass Menschen nicht län-  
 601 ger auf einen PKW angewiesen sind. Verkehrsbedingte Klima-, Lärmemissionen und  
 602 Luftschadstoffe müssen deutlich reduziert werden. Dazu gehört eine integrierte Mobi-  
 603 litätsplanung. Unser Ziel ist die Schaffung autofreier Quartiere, der Rückbau von Au-  
 604 tostraßen zugunsten der Ausweitung von Fußgängerzonen, Spielstraßen und ver-  
 605 kehrsberuhigter Bereiche. Öffentlicher Raum soll so gestaltet sein, dass Menschen  
 606 sich gerne dort aufhalten und umweltschonende Formen der Mobilität wählen. Mit ei-  
 607 nem vernetzten System von Sharing-Lösungen, bedarfsorientierter öffentlicher Nah-  
 608 verkehrskonzepte und Mobilitätsknotenpunkten, soll ein gleichwertiges und kosten-  
 609 günstiges Mobilitätsangebot geschaffen werden.

610 Mobilität ist Voraussetzung für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Mobilitäts-  
 611 dienstleistungen sind daher eine öffentliche Aufgabe und gehören als Daseinsvor-  
 612 sorge in öffentliche Hand. Privatisierungen lehnen wir entschieden ab. Wir wollen  
 613 den öffentlichen Raum so verteilen, dass umweltschonende Mobilität privilegiert wird.  
 614 Dazu gehören attraktive und sichere Radwegeverbindungen und Fußverkehrsnetze  
 615 mit hoher Aufenthalts- und Begegnungsqualität. Den öffentlichen Nahverkehr  
 616 (ÖPNV) wollen wir ausbauen, leistungsfähig gestalten, barrierefrei machen. Ein fahr-  
 617 scheinloser öffentlicher Nahverkehr ist ein wichtiger Baustein für die Verkehrswende.  
 618 Um ein dauerhaft attraktives Nahverkehrsangebot vorzuhalten, wollen wir in ersten  
 619 Schritten die Preise im Nahverkehr senken, insbesondere durch Sozialtickets. Mit ei-  
 620 ner Nahverkehrsabgabe oder über kommunale Realsteuern, womit auch Unterneh-  
 621 men in die Pflicht genommen werden, kann eine solide Finanzierungsbasis für einen  
 622 ticketfreien ÖPNV geschaffen werden.

623

624 Mobilität zukunftsfähig machen, deshalb fordert DIE LINKE

- 625 • Einen landesweiten integralen Taktfahrplan mit einheitlichem Tarifverbund nach  
626 dem Schweizer Modell.
- 627 • **Erhalt mindestens Teile des Kopfbahnhofs und der Gleisanlagen im**  
628 **jetzigen Gleisvorfeld auch nach Fertigstellung des Projekts Stuttgart 21,**  
629 **um die Kapazität des Schienenverkehrs zukünftigen Anforderungen**  
630 **anzupassen.**
- 631 • Ertüchtigung der Filstaltrasse nach Ulm und der Ausbaus der Rheintalstrecke  
632 mit der dazu erforderlichen vierspurigen Tunnelstrecke durch Rastatt und der  
633 Trassenführung im Breisgau entlang der Autobahn.
- 634 • Weitere wichtige Schienenprojekte sind: Der Ausbau und die Elektrifizierung  
635 von Streckenabschnitten; die Reaktivierung von Nebenbahnen; die Bodensee-  
636 Gürtelbahn und die Hochrheinbahn, die Reaktivierung der Strecke Calw-Weil  
637 der Stadt sowie der zweigleisige Ausbau der Gäu- und der Murrbahn und der  
638 Strecke Friedrichshafen-Lindau. Zweigleisiger Ausbau aller Bahnstrecken.  
639 Wasserstoffbetriebene Züge können als Übergangsmodell auf nicht  
640 elektrifizierten Strecken eingesetzt werden
- 641 • Größere öffentliche Investitionen in die Bahninfrastruktur, die durch  
642 unterlassene Erhaltungsinvestitionen bei der Leit- und Sicherungstechnik, in die  
643 Bahnhöfe, Tunnels und Brücken in einem völlig unzureichenden Zustand ist.
- 644 • Schaffung und Reaktivierung von Schienenlogistik-Hubs und den Erhalt der  
645 Industriegleise in Baden-Württemberg
- 646 • Ausbau des Radwegenetzes, Vorrang für Fahrräder sowie für Fußgängerinnen  
647 und Fußgänger in den Städten und Gemeinden.
- 648 • Schaffung eines Radschnellwegenetzes zwischen allen Ober- und  
649 Mittelzentren in Baden-Württemberg bis 2035.
- 650 • Fußverkehrs- und Radwegenetze müssen verbindlicher Bestandteil der  
651 kommunalen Mobilitätsplanung sein, dazu sind die Nahverkehrspläne zu  
652 verbindlichen Mobilitätsplänen weiterzuentwickeln.
- 653 • Das Land muss einen Rechtsrahmen setzen für die Schaffung von Autofreien  
654 Modell-Stadtteilen, dazu gehört die Beseitigung von bürokratischen und  
655 baurechtlichen Hindernissen für solche Vorhaben.
- 656 • Der Landesentwicklungsplan soll mit dem Ziel der Verkehrsvermeidung  
657 fortgeschrieben werden. Dazu zählt die Sicherung der Nahversorgung in  
658 kleinen Gemeinden hinsichtlich Lebensmittelversorgung, Dienstleistungen der  
659 Grundversorgung und Gesundheitsdienstleistungen.

660 **6.4.1. ÖPNV**

661 Der ÖPNV muss endlich als Pflichtaufgabe der Daseinsvorsorge anerkannt  
 662 werden. Das Angebot muss deutlich ausgeweitet und die Qualität durch hohe  
 663 Standards verbessert werden. Wir machen uns stark für einen landesweiten  
 664 Verkehrsverbund, ausgerichtet am Zentrale-Orte-Prinzip, der einfache und  
 665 überregionale Tarifstrukturen schafft, aber gleichzeitig lokale Tariflösungen  
 666 zulässt. Der Landtag muss neue Finanzierungsinstrumente in einem ÖPNV-  
 667 Finanzierungsgesetz schaffen, hierzu gehören u.a. die City- oder Regional-Maut  
 668 und eine Nahverkehrsabgabe im Kommunalabgabengesetz. Dazu gehört die  
 669 Zweckbindung der Regionalisierungsmittel des Bundes **ausschließlich** für  
 670 ÖPNV/alternative Mobilitätsangebote - hier ist Baden-Württemberg bundesweit  
 671 eine unrühmliche Ausnahme.

- 672 • Wir wollen die Förderung des Schienenverkehrs in Baden-Württemberg er-  
 673 heblich jährlich aufstocken, um den Ausbau umweltfreundlicher Mobilität kon-  
 674 sequent voranzutreiben.
- 675 • Landeszuschüsse für Verkehrsverbände nur bei Angebot eines Sozialtickets
- 676 • Unbedingte Weiterführung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes  
 677 (GVFG). Für nicht zugesicherte Zuschüsse des Bundes an Kommunen über-  
 678 nimmt das Land das Risiko.
- 679 • Änderung des LGVFG (Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz): Erhö-  
 680 hung der Zuschussquoten. Sowie die Verpflichtung gegenüber den Aufgaben-  
 681 trägern Klimamobilitätspläne innerhalb einer gesetzten Frist vorzulegen, um  
 682 Fördermittel erhalten zu können.
- 683 • Pflicht zu Qualitäts- und Sozialstandards bei Wettbewerbsvergabe von ÖPNV-  
 684 Leistungen mit spürbaren Sanktionen.
- 685 • Transparenz von Vergabeverfahren und Pflicht zur Offenlegung sämtlicher  
 686 Verträge
- 687 • Bürgerbahn statt Börsenbahn: DIE LINKE lehnt die Privatisierung der  
 688 Deutschen Bahn ebenso ab wie von anderen kommunalen Verkehrsbetrieben  
 689 in Baden-Württemberg. Die Verkehrsbetriebe sind gerade im ländlichen Raum  
 690 Teil der Grundversorgung.
- 691 • DIE LINKE macht sich stark für eine Tempobegrenzung auf 80 km/h auf  
 692 Landstraßen inkl. Straßenplanung auf Tempo 80 wie vom Verkehrsrechtstag  
 693 gefordert, Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in Städten und Gemeinden und  
 694 die gezielte Förderung von verkehrsberuhigten und Shared-Space-Bereichen  
 695 in Wohngebieten und in Versorgungsbereichen, z.B. im Rahmen von  
 696 Förderprogrammen zur Stadterneuerung.

697  
 698  
 699 **Bis zur Einführung eines ticketfreien ÖPNV setzen wir uns ein für:**

- 700 • Einen steuerfinanzierten ticketfreien ÖPNV für Schülerinnen und Studierende
- 701 • Einen Landeszuschuss an die Verkehrsverbände zur Förderung von  
 702 Sozialtickets, wie es die Landesregierung in NRW praktiziert
- 703 • Zur Schaffung eines bedarfsorientierten Angebots auch jenseits der  
 704 Linienverkehre wollen wir die Förderung von Ridesharing-Systemen wie  
 705 Bürger- und Rufbussen als niederschwelliges und flexibles ÖPNV-Angebot  
 706 verbessern

- 707  
708  
709  
710
- Zur Förderung der Intermodalität wollen wir eine Anbieter-offene Mobilitätskarte für Baden-Württemberg realisieren, um Bus, Bahn, CarSharing, Fahrradverleih, Ridesharing, Taxis und weitere öffentliche Verkehrsangebote und mobilitätsnahe Dienstleistungen vernetzen zu können.

711 **6.4.2. Güterverkehr auf die Schiene - Jetzt handeln.**

- 712 • Die schleichende Abwicklung von Industriegleisen und Schienenanschlüssen  
713 für Gewerbebetriebe muss gestoppt werden. Wir fordern ein Verbot der  
714 Stilllegung von Industrieschienenanschlüssen. Die Landesregierung muss im  
715 Dialog mit der Industrie auf langfristige Verträge zur schienengebundenen  
716 Logistik drängen. Landesweites Förderprogramm zum Neubau/Reaktivierung  
717 von Güteranschlussgleisen, Logistikzentren mit Gleisanschluss sowie  
718 Fördermittel zur Nutzung der Schiene im Logistikbereich
- 719 • Der termingerechte Ausbau der autobahnparallelen Rheintal-Güterbahnstrecke  
720 muss sichergestellt werden.
- 721 • Güter gehören auf die Schiene. Deshalb sind Güterlogistikzentren mit  
722 Schienenanschluss gemeinsam mit der Wirtschaft zu planen und zu sichern.  
723 Neue Logistikflächen ohne Schienenanschlüsse darf es zukünftig nicht mehr  
724 geben.
- 725 • Unternehmen die das öffentliche Straßensystem als Verlängerung ihres  
726 Fließbands benutzen um Kosten für die Lagerhaltung einzusparen (Just-in-  
727 time-/ just-in-sequence-Produktion), sollen zukünftig hierfür adäquate  
728 Gebühren entrichten.
- 729 • Die Schaffung von anbieterneutralen Logistik-Hubs zur stadtverträglichen  
730 Feinverteilung von Gütern muss verbindliches Ziel kommunaler  
731 Mobilitätsplanung und LGVFG-förderfähig sein.

732 **6.4.3. Straßenverkehr**

733 Der dominierende Individualverkehr mit dem Automobil ist unter Energie- und Res-  
 734 sourcegesichtspunkten nicht nur hochgradig ineffizient um die Personenbeförderung  
 735 zu organisieren, der wachsende Andrang legt regelmäßig das Straßennetz lahm.  
 736 Staus lassen sich nicht durch immer mehr Straßenfläche lösen. Schon heute sind die  
 737 verkehrsbedingten Umwelt- und Gesundheitsschäden immens. Auch die mit großen  
 738 Summen geförderte Elektroautos verringert nur den kleinsten Teil der Konflikte um die  
 739 Individualmobilität. Verbesserungen, die jedoch durch eine miserable Ökobilanz im  
 740 Fahrzeugbau erzielt werden können.

741 DIE LINKE wird folgende Positionen im Landtag vertreten:

- 742 • Wir fordern die konsequente Umverteilung der Verkehrsfläche hin zu  
 743 klimaneutraler und umweltschonender Mobilität. Dies beinhaltet insb. die  
 744 Nutzung von Kfz-Fahrspuren für lokale/regionale Schnellbusliniennetze oder  
 745 die Schaffung von Radschnellwegen.
- 746 • Grundsätzlich stehen für einen vollständigen Stopp des Straßenaus- und  
 747 Neubaus. Straßenbau erfolgt künftig nur noch in absoluten Ausnahmefällen und  
 748 auch nur dann, wenn der Kfz-Verkehr dadurch in Summe deutlich reduziert  
 749 werden kann. Der dadurch induzierte Verkehr muss vollständig in die  
 750 Verkehrsuntersuchungen einbezogen werden. Zweispurige Landstraßen  
 751 müssen auf die weniger unfallträchtige Breite von 7,5 m rückgebaut werden  
 752 Kreisverkehre werden kleiner gebaut, um Geld und Fläche zu sparen.  
 753 Ortsdurchfahrten müssen rückgebaut und Maßnahmen zur  
 754 Geschwindigkeitsreduzierung angeordnet werden.
- 755 • Anstelle der bisherigen Gießkannenförderung der Elektromobilität wollen wir die  
 756 vorhandenen Mittel auf die Vernetzung von Verkehrssystemen (Intermodalität)  
 757 konzentrieren.
- 758 • Den Einsatz von Gigalinern, also LKW mit Überlänge, auch in der neuen leicht  
 759 reduzierten Variante, lehnen wir entschieden ab. Diese Fahrzeuge schädigen  
 760 noch stärker die Straßensubstanz, erhöhen den Erhaltungsaufwand und die  
 761 Konkurrenz zur umweltfreundlicheren Schiene und erhöhen damit den Vorteil  
 762 der Straße gegenüber der Schiene.
- 763 • Die grün-schwarze Landesregierung ignoriert beharrlich höchstrichterliche  
 764 Urteile zur Luftreinhaltung und offenbart ein erschreckendes Verhältnis zum  
 765 Rechtsstaat und dem Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit. Hierauf wird  
 766 DIE LINKE zum Schutz der Bürgerinnen drängen.
- 767 • Das innerörtliche Straßennetz muss darauf ausgerichtet werden,  
 768 umweltschonende Mobilität zu priorisieren und zu stärken. Die  
 769 Infrastrukturförderung ist auf dieses Ziel auszurichten und der Ausbau der  
 770 Leistungsfähigkeit des Straßennetzes für den MIV zu untersagen.  
 771

772 **6.4.4. Förderung des Radverkehrs**

773 Neben dem Ausbau des ÖPNV ist die Förderung des Radverkehrs besonders geeig-  
774 net die Umwelt- und Gesundheitsgefahren des Individualverkehrs zu reduzieren. Das  
775 Fahrrad ist eine Erfindung aus Baden-Württemberg und eine echte Klimaschutzma-  
776 schine. Es hat eine globale Mobilitätsrevolution ausgelöst und muss zusammen mit  
777 dem Fußverkehr künftig ins Zentrum einer neuen Mobilitätskultur gerückt werden.  
778

779 Hierzu sind folgende Maßnahmen notwendig:

- 780
- 781 • Wir wollen die Landesförderung für die Radmobilität auf 200 Mio Euro pro Jahr  
782 erhöhen
- 783
- 784 • Ausbau des landesweiten, durchgehenden RadNETZ, inklusive einheitlicher  
785 Beschilderung und Wegweisung für Freizeit- und Berufsradverkehr.
- 786
- 787 • Förderung und Unterstützung von Kommunen zum Ausbau von durchgehen-  
788 den Radwegenetzen und Entwicklung von Radschnellwegen in eigener Bau-  
789 last des Landes mindestens zwischen allen Ober-, Mittel- und Unterzentren  
790 bis 2035
- 791
- 792 • Förderung und Unterstützung von Kommunen zur Einrichtung von verkehrsbe-  
793 ruhigten und autofreien Zonen in den Innenstädten und Ortskernen.
- 794
- 795 • Intermodalität: Verknüpfung des Radverkehrs mit dem ÖPNV durch gute Ab-  
796 stellanlagen und Radparkhäuser nach niederländischem Vorbild.
- 797
- 798 • Einheitliche, kostenlose Fahrradmitnahme in den Zügen des Regionalverkehrs  
799 in ganz Baden-Württemberg. Deutliche Beschleunigung bei der Störungsbe-  
800 seitigung an Aufzügen auf den Bahnsteigen.
- 801
- 802 • Einrichtungen des Landes müssen für die Radmobilität ihrer Nutzer\*innen fit  
803 gemacht werden, mit ausreichend sicheren Abstellanlagen ausgestattet sein  
804 und Duschköglichkeiten geschaffen werden. Die Radmobilität von Beschäftig-  
805 ten des Landes soll besonders gefördert und im Rahmen eines landeseigenen  
806 Mobilitätsmanagements mit Anreizen versehen werden.  
807

808 **6.4.5. Luftverkehr**

809 **1) Zentrale Forderung**

810

- 811 • Flugverkehr reduzieren

812

813 **2) Zwei weitere wichtige Forderungen**

814

- 815 • Mittelfristig müssen die Regionalflughäfen geschlossen werden.
- 816 • Fluglärmaktionsplan und striktes Nachflugverbot

817

818

819 **4) Welche Auswirkung hat die Corona-Krise auf euren Themenbereich?**

820

821 **5) Änderungsbedarf für Frauen?**

822

823 **6) Kritik an der Grün-Schwarzen Landesregierung**

824

825 **7) Stichworte/Textentwurf mit max. 1.500 Zeichen (ca. ½ DIN A4-Seite)**

826

827 Flugverkehr reduzieren

828

829

- 830 • Kein weiterer Ausbau der Flughäfen in ihrer Beförderungskapazität, mittelfristig  
831 müssen die Regionalflughäfen geschlossen, der Flugverkehr insgesamt deut-  
832 lich eingedämmt und der Landesflughafen auf einen klimaneutralen Betrieb um-  
833 gerüstet werden.
- 834 • Die Kerosinbesteuerung und eine bundesweite CO2-Besteuerung muss zur  
835 Bepreisung der ökologischen Lasten des Flugverkehrs führen.
- 836 • Fluglärmaktionsplan: Zum Schutz der Bevölkerung fordern wir Verbesserun-  
837 gen beim Lärmschutz durch Starts und Landungen. Die Manipulation an der  
838 Lärmschutzstatistik müssen beendet werden, so wird z.B. die Zahl der Einzel-  
839 beschwerden auf 5 begrenzt.
- 840 • Wir treten für ein striktes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr ein, insbesondere  
841 für stadtnahe Räume. Dieses Nachtflugverbot muss im  
842 Bundesluftverkehrsgesetz verankert werden. Es gilt auch für amerikanische  
843 Militärbasen und für militärische Übungen.
- 844 • Verbot von Leerflügen
- 845 • Flugrouten müssen in einem transparenten, öffentlichen, demokratischen und  
846 bundesländerübergreifenden Verfahren ausgearbeitet werden.
- 847 • Weitgehende Verlagerung von Flügen auf die Bahn, auf jeden Fall alle unter  
848 1000 km. Öffentliche Zuschüsse für Flughäfen sollen gestrichen werden. Des  
849 Weiteren fordern wir den vollen Mehrwertsteuersatz auf Flugtickets.

850

851 **6.5. Landwirtschaft**

852 **1) Zentrale Forderung**

853

- 854 • Der Zugang zu gesunden, ökologischen und fair produzierten Nahrungsmitteln
- 855 muss für alle gewährleistet sein.

856

857 **2) Zwei weitere wichtige Forderungen**

858

- 859 • Sicherung der Artenvielfalt

- 860 • Mit der Agrarwende gesunde Nahrungsmittel für alle

861

862 **4) Welche Auswirkung hat die Corona-Krise auf euren Themenbereich?**

863

864 Die Sicherung der Landwirtschaft und des Artenschutzes hat oberste Priorität. Die Ge-

865 sundheit und gerechte Bezahlung der Erntehelfer muss gesichert werden.

866

867 **5) Änderungsbedarf für Frauen?**

868

869 **6) Kritik an der Grün-Schwarzen Landesregierung**

870

871 **7) Stichworte/Textentwurf mit max. 1.500 Zeichen (ca. ½ DIN A4-Seite)**

872

873 Die Entwicklung der Landwirtschaft in den letzten Jahrzehnten ist gekennzeichnet

874 dadurch, dass aus den bäuerlichen Familienbetrieben immer mehr voll technisierte

875 und oft hoch verschuldete Betriebe entstanden sind, die zu immer weiterem Wachstum

876 mit Massentierhaltung, stetig zunehmendem Energie-, Pestizid-, Düngemittel- und Me-

877 dikamenteneinsatz und zu immer mehr Importen von energiereichen Futtermitteln ge-

878 zwungen sind um konkurrenzfähig produzieren zu können. „Wachsen oder weichen“

879 ist die Alternative, vor die Landwirt\*innen gestellt sind. Daher müssen die Rahmenbe-

880 dingungen für eine ökologisch richtige Bodenbewirtschaftung geschaffen werden. Die

881 Erhöhung des Humusgehalts im Boden ermöglicht, dass Kohlendioxid aus der Atmo-

882 sphäre gebunden wird und ein wesentlicher Beitrag zur Minderung der Treibhaus-

883 gasemissionen geleistet.

884

885 **Mit der Agrarwende gesunde Nahrungsmittel für alle**

886 Statt industrieller Landwirtschaft im Dienst der Profitorientierung von Agrarkonzernen

887 und Discountern muss eine ökologisch nachhaltige Versorgung mit gesunden Nah-

888 rungsmitteln für alle unterstützt werden. Landwirt\*innen sind mit der Pflege unserer

889 Kulturlandschaft betraut und können die Bodenfruchtbarkeit wieder aufbauen, Grund-

890 wasser schützen und dem Artensterben entgegenwirken. Dieser Dienst am Gemein-

891 wohl muss besonders gefördert werden.

892 Bäuerliche Existenzen müssen auch durch finanzielle Unterstützung abgesichert

893 sein, nur so kann dem Höfesterben eine Zukunftsperspektive entgegengesetzt wer-

894 den. Um Wachstumszwänge einzuhegen, muss der Zugang zu Land für kleinbäuerli-

895 che und genossenschaftliche Produzenten Priorität haben. Ackerland muss (welt-

896 weit!) der Spekulation entzogen und vor Versiegelung bewahrt werden. Zudem muss

897 durch geeignete Maßnahmen den klimawandelbedingten Veränderungen begegnet

898 werden. Agroforstsysteme, widerstandsfähige Kulturpflanzen und eine bodenschüt-  
899 zende Bewirtschaftung können der Bodendegradation entgegenwirken.

900 Wachsende Ungleichheit der Lebensbedingungen zwischen Städten und ländlichem  
901 Raum ist eine ungute Entwicklung. Wir wollen deshalb regionale Wirtschaftskreis-  
902 läufe stärken und direkte Kooperation zwischen Landwirt\*innen und Verbrauchern  
903 fördern.

904 Die Kommunen und die Landesverwaltungen haben bei Beschaffungen vorrangig auf  
905 regionale, saisonale und ökologische Erzeugung und Produktion aus Betrieben mit  
906 tariflicher und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zu achten. Bei sonstigen  
907 Beschaffungen ist ein öko-fairer Bezug beispielsweise durch Produkte mit FairTrade-  
908 Siegel sicherzustellen.

909 Wir fordern deshalb, dass in Zukunft nur die Betriebe, die ökologisch wirtschaften, zum  
910 Ausgleich für entgangene Einnahmen finanziell gefördert werden. Auch Betriebe, die  
911 unwirtschaftliche Steillagen und Böden mit geringer Bonität bewirtschaften, sollen in  
912 den Genuss von Subventionen kommen.

913

914 Der Zugang zu gesunden, ökologischen und fair produzierten Nahrungsmitteln muss  
915 für alle möglich sein.

916

### 917 **Förderung Bauernmärkte: Wochenmärkte statt Weltmärkte**

918

919 Regionale Vermarktung schützt die Umwelt durch kurze Transportwege, schonende  
920 Anbauweisen und handwerkliche Verarbeitung. Sie sichert Arbeitsplätze in der Re-  
921 gion. Gerade in Städten, in der Lebensmittel für die Meisten verpackt aus dem Su-  
922 permarkt kommen und alles jederzeit verfügbar ist, ist ein Markt mit regionalen und  
923 saisonalen Waren etwas Wichtiges. Darum sollten Kommunen und das Land land-  
924 wirtschaftliche Betriebe fördern, die regional und ökologisch erzeugte Produkte an-  
925 bieten, ihnen Flächen zur Verfügung stellen, finanziell und personell die Vermarktung  
926 unterstützen. Zum Beispiel durch die Förderung von Hofläden und Lebensmittelauto-  
927 maten mit regional erzeugten Lebensmitteln, Bauernmärkten zum Direktvertrieb oder  
928 kommunale Markthallen ohne Gewinnerzielungsabsicht.

929

930 Unsere Ziele sind:

931

- 932 • Eine gezielte Anreizstruktur für landwirtschaftliche Betriebe auf eine  
933 ökologische und nachhaltige Bewirtschaftung umzustellen. Die Übergangszeit  
934 von konventioneller zu ökologischer Produktion muss finanziell vollständig  
935 abgesichert sein
- 936 • Förderung der regionalen Vermarktung und Stärkung regionaler  
937 Wirtschaftskreisläufe, Sicherung und Ausbau der Einkommen der Erzeuger
- 938 • Deckelung der Produktionsmengen, Schutz des Grundwassers und Minderung  
939 der Futtermittelimporte, z.B. durch die Festlegung von Höchstquoten bei  
940 Tierbestand und Wirtschaftsfläche
- 941 • Verbot von genmanipuliertem Saat- und Pflanzengut und Verbot des Imports  
942 genmanipulierter Produkte
- 943 • Mittel zur Erforschung natürlicher Pflanzenschutzmittel bereitstellen
- 944 • Verschärfung der Vorschriften zur Tierhaltung, um dadurch Massentierhaltung  
945 einzuschränken

- 946 • Strenge Regelung für den Einsatz von Medikamenten in der Tieraufzucht, vor  
947 allem von Antibiotika. Wir wollen eine landesweite Strategie, um das  
948 Entstehen multiresistenter Keime zu verhindern.
- 949 • Stopp von Flächenfraß durch ein Verbot zur Überbauung von Flächen mit  
950 einer hohen Flurbilanz-Qualität durch ein Bodenschutzgesetz
- 951 • Regionale Autonomie bei Lebensmitteln, Transportverteuerung von  
952 Lebensmitteln, Importunabhängigkeit von biologisch erzeugten Lebensmitteln
- 953 • Förderung des Bewusstseins für gesunde Ernährung, auch in  
954 Bildungseinrichtungen
- 955 • Förderung des Urban Gardening und der Urban Agriculture
- 956 • Wochenmärkte statt Weltmärkte
- 957 • Die Durchsetzung eines starken Artenschutzgesetzes, wie es das gleichnamige  
958 und von uns LINKEN von Beginn an unterstützte Volksbegehren zum Ziel hat.

959 **6.6. Bodenschutz und Artenvielfalt**

960 **1) Zentrale Forderung**

961

- 962 • Sicherung der Artenvielfalt

963

964 **2) Zwei weitere wichtige Forderungen**

965

966 Keine weitere Versiegelung von Böden. Nicht vermeidbare Bodenabtragungen müs-  
 967 sen durch Wiederherstellungsmaßnahmen überkompensiert werden, da es jahrhun-  
 968 derte dauert, bis eine Versiegelung rückgängig gemacht worden sein wird.

969

970 **4) Welche Auswirkung hat die Corona-Krise auf euren Themenbereich?**

971

972 **5) Änderungsbedarf für Frauen?**

973

974 **6) Kritik an der Grün-Schwarzen Landesregierung**

975

976 **7) Stichworte/Textentwurf mit max. 1.500 Zeichen (ca. ½ DIN A4-Seite)**

977

978 Für den Bodenschutz ist auf globaler Ebene in den Sustainable Development Goals,  
 979 den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen, bis 2030 das Ziel der „Land De-  
 980 gradation Neutrality“ vorgegeben. Es bedeutet, dass der Verlust von Boden minimiert  
 981 und nicht vermeidbare Bodenabtragungen durch Wiederherstellungsmaßnahmen  
 982 ausgeglichen werden müssen. Unterm Strich darf sich die Situation der Böden also  
 983 nicht weiter verschlechtern.

984 Auch die Landwirtschaft wird von diesem Ziel betroffen sein, denn rund die Hälfte der  
 985 Flächen Deutschlands wird landwirtschaftlich genutzt. Daran wird deutlich, welche  
 986 Verantwortung die Landwirtschaft für die Böden trägt, denn Landwirtschaft gefährdet  
 987 durchaus die Bodenqualität und zehrt humöse Schichten auf. Die Folge ist Bodende-  
 988 gradation etwa in Form von Erosion, Bodenverdichtung oder Humusverlust. Beim Bo-  
 989 denschutz wird auch besonders deutlich, dass sich im Landwirtschaftssektor kurzfris-  
 990 tige und langfristige Interessen mitunter stark widersprechen:

991 Während bodendegradierende Praktiken durchaus kurzfristig Kosten senken können,  
 992 unterminieren sie langfristig einen der bedeutendsten Produktionsfaktoren der Land-  
 993 wirtschaft, eben fruchtbare Böden.

994

995 **Die Artenvielfalt stirbt - und wir schauen zu**

996

997 Der Sachverständigenrat berät die Bundesregierung, der Beirat das Bundeslandwirt-  
 998 schaftsministerium, beides sind also Gremien mit Gewicht.

999 Die wichtigsten Forderungen der beiden Räte: Deutschland muss die Agrarförderung  
 1000 an ökologischen Zielen ausrichten. Vielfältige Landschaftsstrukturen müssen geför-  
 1001 dert und erhalten werden. Pflanzenschutzmitteleinsatz und Nährstoffeinträge müssen  
 1002 deutlich reduziert werden. Bestehenden Schutzgebiete gilt es zu stärken, die künstli-  
 1003 che Beleuchtung zu verringern und den Flächenverbrauch auf Null zu senken.

1004

1005 Die politischen Instrumente, die zur Umsetzung dieser Forderungen unverzichtbar  
 1006 sind, sind längst bekannt. Es gibt sehr viele gute Vorschläge, mit welchen Steue-  
 1007 rungsinstrumenten die uralten Prinzipien des Umweltrechts - das Vorsorgeprinzip

1008 und das Verursacherprinzip endlich angewendet werden können, damit die Biodiver-  
1009 sität und der Gedanke der Nachhaltigkeit generell flächendeckend über die guten  
1010 einzelnen Projekte hinaus gestärkt werden können.  
1011 Das erste und wichtigste wäre eine grundsätzliche Biodiversitätsprüfung für alle  
1012 neuen Gesetze, Verordnungen, Durchführungsbestimmungen und für sämtliche  
1013 staatlichen Subventionen und Wirtschaftsfördermaßnahmen. Es ist offensichtlich,  
1014 dass Gesellschaften dauerhaft nur in einer stabilen Umwelt überleben können, und  
1015 es ist ebenso offensichtlich, dass unser politisches System diesem langfristigen  
1016 Überlebensziel bis jetzt nicht genug Rechnung trägt. Eine verbindliche Biodiversitäts-  
1017 und- Nachhaltigkeitsprüfung würde deshalb besser gewichten, was systemrelevant  
1018 und überlebenswichtig ist und was nicht. Alles, was als „too important to fall“ einge-  
1019 stuft würde, müsste dann politischen Vorrang haben und darf nicht gefährdet werden.  
1020 Wir LINKEN wollen die planetaren Grenzen nicht weiter überschreiten sondern sie  
1021 zum Maßstab guter Politik machen, dazu muss die Umwelt- und Ressourcenpolitik  
1022 künftig den Rahmen für alle anderen Ressorts festlegen. Die planetaren Grenzen  
1023 müssen der Maßstab für eine generationengerechte Politik sein.

1024 **6.7. Gewässerschutz**

1025 **1) Zentrale Forderung**

1026

1027 Die Qualität von Flüssen der Binnenschifffahrt muss erheblich verbessert werden,  
1028 bis deren Nutzung gesundheitlich unbedenklich ist.

1029

1030 **2) Zwei weitere wichtige Forderungen**

1031

1032 Wir fordern einen Masterplan des Landes zur Schadstoffelimination und Verbes-  
1033 serung der Gewässerökologie.

1034

1035 **4) Welche Auswirkung hat die Corona-Krise auf euren Themenbereich?**

1036

1037 **5) Änderungsbedarf für Frauen?**

1038

1039 **6) Kritik an der Grün-Schwarzen Landesregierung**

1040

1041 **7) Stichworte/Textentwurf mit max. 1.500 Zeichen (ca. ½ DIN A4-Seite)**

1042

- 1043 • Sicherstellen, dass alle zur Zielerreichung notwendigen Maßnahmen in den  
1044 jetzt aufzustellenden Wasserrahmenrichtlinie- (WRRL-) Bewirtschaftungsplä-  
1045 nen und Maßnahmenprogrammen festgeschrieben sind.
- 1046 • Das bisherige Freiwilligkeitsprinzip in einen kontrollierten, verbindlichen Pla-  
1047 nungs- und Umsetzungsablauf zu überführen, um die Ziele der WRRL fristge-  
1048 recht zu erreichen.
- 1049 • Soweit noch nicht geschehen, geeignete Organisationsstrukturen, rechtliche  
1050 und fiskalische Grundlagen schaffen sowie ausreichend finanzielle und perso-  
1051 nelle Ressourcen bereitzustellen.
- 1052 • Das Verschlechterungsverbot und die Verbesserungspflicht sektorübergrei-  
1053 fend konsequent anwenden, z.B. beim Fischereimanagement in Seen oder  
1054 dem Bebauungsverbot in Überschwemmungsgebieten.
- 1055 • Das Ineinandergreifen von Planungen und Maßnahmen auch über Länder-  
1056 grenzen hinweg besser als bisher sicherzustellen. Synergien zwischen Hoch-  
1057 wasser-, Gewässer- und Naturschutz sowie Natursport müssen genutzt wer-  
1058 den.
- 1059 • Flächen der öffentlichen Hand, v.a. in den Auen, für Renaturierungen vorhal-  
1060 ten, gesetzlich und raumplanerisch zu sichern und diese nicht zu veräußern.
- 1061 • Bundesregelungen zum Gewässerschutz einzuhalten und auf Länderebene  
1062 ergänzend nachzuschärfen.
- 1063 • Die EU-Nitratrichtlinie endlich und vollständig im deutschen Düngerecht umzu-  
1064 setzen. Vorgaben der Dünge-Verordnung schnell und EU-rechtskonform um-  
1065 setzen.
- 1066 • Das mit der WRRL eingeführte Monitoring der Gewässerqualität nachbessern.  
1067 Die Probestellen und Analytik für die Untersuchung der Gewässerqualität  
1068 müssen nach fachlichen Kriterien und nicht aus praktischen bzw. Kostenerwä-  
1069 gungen gewählt werden.
- 1070 • Die Beteiligungsmöglichkeiten der Öffentlichkeit bei der Umsetzung der WRRL  
1071 von lokaler bis überregionaler Ebene zu stärken und die Eingaben der Akteure

- 1072 stärker zu berücksichtigen. Um Ehrenamtlichen eine qualifizierte Beteiligung  
 1073 zu ermöglichen, sollte eine finanzielle Unterstützung bereitgestellt werden.  
 1074 • Die Qualität von Flüssen der Binnenschifffahrt muss erheblich verbessert wer-  
 1075 den, bis deren Nutzung gesundheitlich unbedenklich ist. Insbesondere die  
 1076 Wasserqualität des Neckars macht keine nennenswerten Fortschritte. Hier for-  
 1077 dern wir einen Masterplan des Landes zur Schadstoffelimination und Verbes-  
 1078 serung der Gewässerökologie.  
 1079 • Wir wollen ein Landesförderprogramm zur gezielten Hebung unterirdisch ver-  
 1080 dolteter Bäche in Ballungsräumen aufsetzen, um sie als urbane Bachläufe her-  
 1081 zustellen.

1082  
 1083  
 1084 **8) Material**  
 1085

1086  
 1087 **WIR FORDERN DIE EU-KOMMISSION AUF:**

- 1088 • die Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) in ihrer jetzigen Form zu bewahren, die  
 1089 Umsetzung der WRRL weiterhin zu kontrollieren und durchzusetzen und ein  
 1090 eigenständiges Förderprogramm für die Umsetzung der WRRL einzurichten  
 1091 • in anderen EU-Rechtsgebieten das Vorsorge- und Verursacherprinzip rechts-  
 1092 verbindlich umzusetzen. Geltende oder geplante Regelungen, die zur Belas-  
 1093 tung von Gewässern beitragen, sind zu reformieren, z.B. bei der Genehmigung  
 1094 von chemischen Stoffen.  
 1095 • die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik (GAP) so zu reformieren, dass Recht  
 1096 und Förderpolitik den Zielen eines zukunftsweisenden Gewässerschutzes Rech-  
 1097 nung tragen. Notwendig sind Maßnahmen und Programme, die Nährstoff-  
 1098 und Pestizideinträge drastisch reduzieren. Die Beachtung der WRRL-Ziele muss  
 1099 als Voraussetzung für Agrarzahungen festgeschrieben werden.

1100  
 1101 **WIR FORDERN DIE BUNDESREGIERUNG AUF:**

- 1102 • gemeinsam mit den Ländern eine nationale Gewässerschutzinitiative (Fonds,  
 1103 Beratung, organisierter Erfahrungsaustausch) für eine fristgerechte Umsetzung  
 1104 der WRRL aufzusetzen.  
 1105 • sicherzustellen, dass alle zur Zielerreichung notwendigen Maßnahmen in den  
 1106 jetzt aufzustellenden WRRL-Bewirtschaftungsplänen und Maßnahmenpro-  
 1107 grammen festgeschrieben  
 1108 • sind.  
 1109 • das Verursacher- und Vorsorgeprinzip im deutschen Wasserrecht, v.a. im Was-  
 1110 serhaushaltsgesetz (WHG) und Abwasserabgabengesetz konsequent umzuset-  
 1111 zen und weiterzuentwickeln, um vor allem den Eintrag von Nähr- und Schad-  
 1112 stoffen (inkl. Mikroschadstoffen) zu reduzieren. Dafür muss z.B. das Wassernut-  
 1113 zungsentgelt zukünftig deutschlandweit und mit eindeutig ökologischer  
 1114 Zweckbindung erhoben werden.  
 1115 • die ökologische Durchgängigkeit herzustellen und hydromorphologische Maß-  
 1116 nahmen zur Erreichung der WRRL-Ziele in den Bundeswasserstraßen umzuset-  
 1117 zen. Dazu muss die rechtliche Grundlage kurzfristig geschaffen werden. Für

- 1118 diese Aufgaben müssen, wie auch für die Umsetzung des „Bundesprogrammes  
1119 Blaues Band“, ausreichend finanzielle und personelle Ressourcen bereitgestellt  
1120 werden. Zudem müssen Ausbau- und Unterhaltungsstandards an ökologische  
1121 Zielstellungen angepasst werden. Bundeseigene Flächen in den Auen entlang  
1122 von Bundeswasserstraßen dürfen nicht veräußert werden, sondern müssen für  
1123 Renaturierungen vorgehalten werden.
- 1124 • den „gewässertypspezifischen Flächenbedarf“ zu sichern. Nur so können die  
1125 hydromorphologischen Entwicklungsziele der WRRL erreicht werden. Dies  
1126 dient auch dem Wasserrückhalt in der Fläche und dem Hochwasserschutz.
  - 1127 • das WHG so anzupassen, dass Gewässerrandstreifen Einträge von Nähr- und  
1128 Schadstoffen sowie Sedimenten wirksam reduzieren. Dafür sind u.a. Düngemit-  
1129 tel und Pestizide auf mindestens zehn Metern Breite entlang der Gewässer zu  
1130 verbieten.
  - 1131 • das deutsche Düngerecht so zu reformieren, dass die EU-Nitratrichtlinie konse-  
1132 quent in
  - 1133 • deutsches Recht umgesetzt wird, um Nitrat- und Phosphateinträge in das  
1134 Grundwasser, die Oberflächen- und die Küstengewässer nachweislich und dau-  
1135 erhaft zu reduzieren.
  - 1136 • Gewässer vor Pestiziden zu schützen, u.a. durch Einführung einer Pestizidab-  
1137 gabe und eines Pestizid-Reduktionsprogramms mit quantifizierten mengen-  
1138 wie risikobezogenen Zielen und Fristen. In Wasser- und Naturschutzgebieten  
1139 muss der Einsatz von Pestiziden verboten werden.
- 1140  
1141

1142 **6.8. Die Forstwirtschaft – Ökosystem Wald widerstandsfähig machen**

1143 **1) Zentrale Forderung**

1144

- Angemessene Analyse der derzeitigen Waldkrise und ihrer Ursachen und der Erarbeitung von Strategien für zukunftsfähige Waldpopulationen

1147

1148 **2) Zwei weitere wichtige Forderungen**

1149

- Verkaufs- und Bezugsverbot für Holz aus nicht nachhaltiger Waldwirtschaft.

1151

1152

1153 **4) Welche Auswirkung hat die Corona-Krise auf euren Themenbereich?**

1154

1155 **5) Änderungsbedarf für Frauen?**

1156

1157 **6) Kritik an der Grün-Schwarzen Landesregierung**

1158

1159 **7) Stichworte/Textentwurf mit max. 1.500 Zeichen (ca. ½ DIN A4-Seite)**

1160

1161 Die Aufgaben und Ziele der Forstwirtschaft müssen völlig neu definiert werden. Der  
1162 Wald ist nicht nur ein zentraler Bestandteil einer lebenswerten Umwelt, sondern als  
1163 CO<sub>2</sub>-Senke, Wasserspeicher und Klimaregulator, Luftreinhalter und Trinkwasser-  
1164 speicher auch einer der wichtigen Hebel gegen die Auswirkungen des Klimawandels  
1165 und er ist unverzichtbar für den Artenschutz. Außerdem dient er als Erholungs- und  
1166 Lernraum und zur Gewinnung nachwachsender Rohstoffe

1167 Der Wald muss in erster Linie als Ökosystem begriffen werden und in seinen Funkti-  
1168 onen gestärkt werden, die ökonomische und auch soziale Nutzung muss mit diesem  
1169 Ziel in Einklang gebracht werden. Vor allem Monokulturen und Holzplantagen haben  
1170 keine Zukunft.

1171 Damit die Forstämter und private Forstbesitzer\*innen an einem gesunden und klima-  
1172 resilienten Wald mitwirken, müssen sie eng zusammenarbeiten. Das Personal in den  
1173 Forstämtern ist aufzustocken, damit der Wald so intensiv beobachtet und gepflegt  
1174 werden kann, wie dies erforderlich ist. Alle Beteiligten, auch die privaten Waldbesit-  
1175 zer müssen in diesen Prozess eingebunden werden.

1176 Waldschutz ist ohne Klima- und Artenschutz nicht zu haben. Zu allen notwen-  
1177 digen Maßnahmen, wie dem Ausstieg aus der Kohleindustrie, Mobilitätswende, etc.  
1178 gehört: Die Stickstoffeinträge aus Verkehr, Industrie und Landwirtschaft zu verringern  
1179 Schluss machen mit den Pestizideinsätzen im Wald. Insekten, die Nahrungsgrund-  
1180 lage für z.B. Vögel, Fledermäuse, Igel..., werden dadurch vergiftet.

1181 **DIE LINKE fordert:**

- Im Landeswaldgesetz sollen Standards für eine natur-, umwelt- und klimaverträgliche Forstwirtschaft festgeschrieben werden (gute fachliche Praxis). Dazu gehören insbesondere der Vorrang der Naturverjüngung vor forstlichen Pflanzungen, die Einzelstammnutzung und Femelschlag (Parzellen, Femelbetrieb ist eine Form des Auslichtens) vor flächigen Räumungen und angepasste Wilddichten.
- Die Wälder des Landes sind nach dem Forest-Stewardship-Council (FSC) zu zertifizieren (FSC ist ein international gültiges Zertifizierungssystem für eine ökologische und sozialverträgliche Holzproduktion).

1190

- 1191 • Der Anteil der Bannwälder (In Baden-Württemberg sind Bannwälder  
 1192 Totalreservate, in denen jegliche Nutzung per Rechtsverordnung verboten ist)  
 1193 ist zu erhöhen, um die Ziele der Nationalen Strategie zur Sicherung der  
 1194 Biologischen Vielfalt zu erfüllen.
- 1195 • Natürlicher Anpassung an klimatischen Veränderungen muss Raum gegeben  
 1196 werden. Schluss mit Kahlschlag und großflächiger Räumung.
- 1197 • Monokulturen und Holzplantagen haben keine Zukunft.
- 1198 • Mindestens 10% der Waldfläche muss an unterschiedlichen Standorten einer  
 1199 natürlich-evolutionären Entwicklung überlassen werden, Die Flächen müssen  
 1200 groß genug sein, mindestens 1000 Hektar, um eine natürliche Entwicklung  
 1201 und Anpassung an sich ändernde Standortbedingungen zu gewährleisten. Wi-  
 1202 derstandsfähige Wälder und Biologische Vielfalt wird so erhalten und der Ab-  
 1203 lauf natürlicher Prozesse ermöglicht.
- 1204 • Förderung naturnaher Mischwälder statt anfälliger Monokulturen
- 1205 • Bodenschonende Methoden der Holzgewinnung.
- 1206 • Aufstockung des Personals in den Forstbehörden.
- 1207 • Keine Dumpinglöhne in der Forstwirtschaft.
- 1208 • Die Holzvorräte im Wald wie auch der Alt- und Totholzanteil müssen deutlich  
 1209 erhöht werden, denn naturnahe Wälder sind wichtige Kohlenstoffsinken für  
 1210 den Klimaschutz und binden die für den Wald existentielle Feuchtigkeit. Sie  
 1211 sind wichtig für die Humus- und Bodenbildung.
- 1212 • Die extreme Mechanisierung in der Waldbewirtschaftung muss gemindert  
 1213 werden, um die damit verbundene Schädigung des Waldbodens,  
 1214 insbesondere in Steillagen, wieder auf ein erträgliches Maß zu reduzieren.
- 1215 • Holzernte und dafür angelegte Gassen und Entwässerungsgräben dürfen den  
 1216 Wasserhaushalt des Bodens nicht beschädigen. Er muss im Gegenteil  
 1217 geschützt und wo beschädigt wieder hergestellt werden.
- 1218 • Zur Finanzierung des Umbaus der Waldwirtschaft fordern wir Hilfen für die  
 1219 Förderung der Naturverjüngung des Waldes und der ökologischen  
 1220 Wiederbewaldung.
- 1221 • Begleitend ist notwendig eine angemessene Analyse der derzeitigen  
 1222 Waldkrise und ihrer Ursachen und die Erarbeitung von Strategien für  
 1223 zukunftsfähige Waldpopulationen. Sowie die Auswertung der bisherigen  
 1224 Maßnahmen in ihrer Wirkung auf die natürliche Regeneration des Waldes und  
 1225 Anpassung der bisherigen Strategien, um die natürliche Regeneration zu  
 1226 fördern.
- 1227 • Verkaufs- und Bezugsverbot für Holz aus nicht nachhaltiger Waldwirtschaft.
- 1228 • Wir begrüßen die Rückkehr von hierzulande ausgerotteten Wildtieren, wie  
 1229 dem Wolf in unsere Wälder und dem Biber an die Flussläufe, denn sie  
 1230 stabilisieren ein naturnahes Ökosystem. Ein gutes Wildtiermanagement mit  
 1231 dem Ziel des Tötungsverbots in Verbindung mit dem Ausgleich wirtschaftlicher  
 1232 Schäden für die Betriebe ist unser Ziel.

1233 **6.9. Verbraucherschutz ausbauen**

1234 **1) Zentrale Forderung**

1235

1236 **2) Zwei weitere wichtige Forderungen**

1237

1238 **4) Welche Auswirkung hat die Corona-Krise auf euren Themenbereich?**

1239

1240 **5) Änderungsbedarf für Frauen?**

1241

1242 **6) Kritik an der Grün-Schwarzen Landesregierung**

1243

1244 **7) Stichworte/Textentwurf mit max. 1.500 Zeichen (ca. ½ DIN A4-Seite)**

1245 Der Verbraucherschutz muss das vorrangige Ziel werden, welchem die Interessen von  
1246 Unternehmen und Konzernen unterzuordnen sind. Dazu müssen alle Menschen  
1247 unabhängig von ihrem sozialen Status Zugang zu neutraler Information und Beratung  
1248 erhalten und die Qualität von Produkten und Dienstleistungen durch klar definierte  
1249 Sigel erkennen können.

1250 Gebührenfreiheit im Informationszugang gehört ebenso dazu wie ein dezentrales Netz  
1251 von Beratungsstellen und leicht verständliche Erklärungen der Produkte. Der  
1252 Nachweis gesundheitlicher Unbedenklichkeit muss vom Produkthersteller durch  
1253 unabhängige Institute erbracht werden. Die Lebensmittelkennzeichnung muss für den  
1254 Verbraucher transparent und verständlich sein.

1255 **DIE LINKE fordert:**

- 1256 • die Verbraucherzentrale besser ausstatten und ihr eine höhere
- 1257 Planungssicherheit ermöglichen, die auch dem Ausbau des Beratungsnetzes
- 1258 im ländlichen Raum zugute kommt,
- 1259 • durch eine bessere personelle und technische Ausstattung der Veterinär- und
- 1260 Lebensmittelüberwachung die Kontrolldichte und die Reaktionsfähigkeit in
- 1261 Krisen verbessern,
- 1262 • über den Bundesrat eine Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel und
- 1263 Tierprodukte anstreben, bei deren Herstellung gentechnisch veränderte
- 1264 Organismen wie Futtermittel zum Einsatz kommen.
- 1265 • Integration der Lebensmittelüberwachungsbehörde in die Landespolizei und
- 1266 die Aufstockung des Personals.
- 1267 • Nahrungsmittelindustrie, Vertrieb und Gastronomie müssen öfter kontrolliert
- 1268 werden, die Prüfergebnisse sind zu veröffentlichen.
- 1269 • Regelmäßige unangekündigte Kontrollbesuche in der
- 1270 Lebensmittelverarbeitung und -produktion.
- 1271 • Der Nachweis der gesundheitlichen Unbedenklichkeit muss durch
- 1272 unabhängige Institute erfolgen.
- 1273 • Eine transparente und verständliche Lebensmittelkennzeichnung, z.B. der
- 1274 Ampelkennzeichnung. Genmanipulierte Produkte müssen deutlich als solche
- 1275 erkennbar sein.
- 1276 • Verbot von Geschmacksverstärkern in Kindernahrung und von hormonell wirk-
- 1277 samen Chemikalien in der Industrie.
- 1278

1279 **6.10. Tierschutz stärken**

1280 **1) Zentrale Forderung**

1281

1282 **2) Zwei weitere wichtige Forderungen**

1283

1284 **4) Welche Auswirkung hat die Corona-Krise auf euren Themenbereich?**

1285

1286 **5) Änderungsbedarf für Frauen?**

1287

1288 **6) Kritik an der Grün-Schwarzen Landesregierung**

1289

1290 **7) Stichworte/Textentwurf mit max. 1.500 Zeichen (ca. ½ DIN A4-Seite)**

1291

1292 Der Tierschutz gewinnt glücklicherweise an Bedeutung, da er seit einigen Jahren als  
 1293 Staatsziel im Grundgesetz verankert wurde. Zahlreiche Lebensmittelskandale, un-  
 1294 haltbare Zustände bei der Massentierhaltung in 'Tierfabriken' und die damit verbun-  
 1295 dene Umweltverseuchung, sowie der achtlose Umgang mit unseren Mitlebewesen  
 1296 sind sinnbildliche Ausdrücke des gesellschaftlichen Zustands. Allein im Jahr 2013  
 1297 wurden in Baden-Württemberg über 5,8 Mio. Landtiere geschlachtet. Auch sorgte  
 1298 u.a. der Skandal um die Affenversuche in Tübingen für bundesweites Aufsehen und  
 1299 berechnigte Empörung. Das Bewusstsein in der Bevölkerung für einen aktiven Tier-  
 1300 schutz wächst, denn Tierschutz geht uns alle an und Tiere haben Rechte.

1301 **DIE LINKE fordert:**

1302

- 1303 • Die Abschaffung aller Primatenversuche in Baden-Württemberg. Alternative  
 1304 Verfahren zu Tierversuchen sind konsequent zu fördern und als Standard  
 1305 festzulegen.
- 1306 • Eine schnelle Anpassung aller Zoologischen Einrichtungen an die 2014  
 1307 erlassene Mindesthaltungsrichtlinie für Säugetiere des Bundesministeriums für  
 1308 Ernährung und Landwirtschaft.
- 1309 • Die Förderung kommunaler Verbote von Zirkusbetrieben mit Wildtieren. Der  
 1310 Stress, die Dressur, das ständige Reisen machen die Tiere krank und lässt sie  
 1311 leiden. Dass es auch ohne Tiere geht, haben zahlreiche tierfreie Zirkusse  
 1312 bereits unter Beweis gestellt.
- 1313 • **Die Einführung eines Gefahrtiergesetzes (aktuell noch mal prüfen)**
- 1314 • Die Förderung fleischarmer Ernährung besonders in öffentlichen Einrichtungen

1315 **6.11. Tourismus – sanft und ökologisch**

1316 **1) Zentrale Forderung**

1317

1318 **2) Zwei weitere wichtige Forderungen**

1319

1320 **4) Welche Auswirkung hat die Corona-Krise auf euren Themenbereich?**

1321

1322 **5) Änderungsbedarf für Frauen?**

1323

1324 **6) Kritik an der Grün-Schwarzen Landesregierung**

1325

1326 **7) Stichworte/Textentwurf mit max. 1.500 Zeichen (ca. ½ DIN A4-Seite)**

1327 DIE LINKE folgt dem Leitbild eines sozial gerechten, barrierefreien, ökologisch sanften  
1328 und Ressourcen schonenden Tourismus. Urlaubs- und Erholungsgebiete sollen  
1329 möglichst durch den öffentlichen Nah- und Fernverkehr erschlossen werden. Wir  
1330 befürworten die weitere Entwicklung des Fahrrad-, Wander-, Wasser- und  
1331 Reittourismus. Wir sehen Tourismuspolitik auch als Mittel zur Entwicklung der  
1332 Naherholung für Menschen aus den städtischen Zentren. Der Tourismus soll in all  
1333 seinen Erscheinungsformen umwelt- und sozialverträglich gestaltet werden.

1334 **DIE LINKE fordert:**

- 1335 • Schutz der Beschäftigten der Tourismusbranche vor Lohndumping durch Tarif-  
1336 und Mindestlöhne und sozialversicherungspflichtige  
1337 Beschäftigungsverhältnisse.
- 1338 • Mehr Möglichkeiten schaffen, damit auch Menschen mit niedrigem  
1339 Einkommen Reise- und Erholungsmöglichkeiten nutzen können.
- 1340 • Die Finanzierung von Schullandheimaufenthalten

1341

1342 **6.12. Raumordnung und Naturschutz – Lebensgrundlagen erhalten**

1343 **1) Zentrale Forderung**

1344

- Die Aufnahme des Schutzes der Biodiversität (Artenschutz) in die Landesverfassung.

1347

1348

1349 **2) Zwei weitere wichtige Forderungen**

1350

1351 **4) Welche Auswirkung hat die Corona-Krise auf euren Themenbereich?**

1352

1353 **5) Änderungsbedarf für Frauen?**

1354

1355 **6) Kritik an der Grün-Schwarzen Landesregierung**

1356

1357 **7) Stichworte/Textentwurf mit max. 1.500 Zeichen (ca. ½ DIN A4-Seite)**

1358 Zum Schutz unserer Umwelt und zur Erhaltung der Artenvielfalt muss vor allem die  
1359 Versiegelung der Böden gestoppt werden. Die Ausweisung neuer Wohnbau- und  
1360 Gewerbegebiete muss verhindert, und stattdessen Flächenbedarfe aus dem  
1361 Siedlungsbestand gehoben werden. Wir orientieren uns hierbei am  
1362 Raumordnungsgesetz der Schweiz. Statt bislang unversiegelter Flächen müssen bei  
1363 Bedarf Baulücken und Industriebrachen geschlossen oder aktiviert werden. DIE LINKE  
1364 fordert ein bilanziertes Nullwachstum beim Bodenverbrauch. Dadurch würde auch der  
1365 Lebensraum für Tiere und Pflanzen nicht weiter eingeschränkt. Die durch den  
1366 Straßenbau zerschnittenen Waldflächen sind für das Wild durch „Naturbrücken“  
1367 wieder zu größeren zusammenhängenden Lebensräumen zu verbinden. Besonders  
1368 schützenswerte Flächen wie Grünzüge und Grünzäsuren sowie Streuobstwiesen und  
1369 Landschaftsschutzgebiete müssen grundsätzlich vor baulichen Eingriffen bewahrt  
1370 werden.

1371 Für den Erhalt und die Ausweitung von Schutzgebieten, sowie für  
1372 Renaturierungsmaßnahmen müssen ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt  
1373 werden. Die Einrichtung eines Nationalparks in Baden-Württemberg schafft sinnvolle  
1374 an ökologischen Kriterien ausgerichtete Arbeitsplätze und dient der Naherholung.

1375 **DIE LINKE fordert:**

- Die Aufnahme des Schutzes der Biodiversität in die Landesverfassung.
- Priorität des Schutzes der biologischen Vielfalt bei allen Eingriffen in die Natur. Prüfung der Wirkung auf die Ökosysteme auch bei kleineren baulichen Maßnahmen. Hierzu sollen Umweltverbände einbezogen werden.
- Erarbeitung und Umsetzung eines Moorschutzprogramms. Ziel ist die Einführung und Unterstützung einer moorfördernden Landbewirtschaftung sowie die Renaturierung des überwiegenden Teils der renaturierbaren Moore in Baden-Württemberg.
- Einstellung und Förderung eines Landesprogramms zur Förderung der „Grünen Infrastruktur“ – die zeitnahe Vorlage und Umsetzung eines landesweiten, flächenscharfen und behördenverbindlichen Biotopverbundplanes für mindestens 10% der Landesfläche.

- 1388  
1389  
1390  
1391  
1392  
1393  
1394  
1395  
1396  
1397  
1398  
1399  
1400
- Umsetzung und Sicherung der Biotopverbundplanung in den Flächenplanungen im Land (Landesentwicklungsplan, Regionalpläne, Bauleitpläne etc.)
  - Zur Erhaltung und Förderung des Europäischen Naturerbes Natura 2000 – einer EU-weiten Pflichtaufgabe – wird ein Finanzierungsinstrument geschaffen.
  - Es wird ein flächendeckendes System von Landschaftserhaltungsverbänden aufgebaut, welche eine naturschutzorientierte Regionalentwicklung fördern und insbesondere die Umsetzung der Managementpläne für Natura 2000-Gebiete durch eine Beratung von Land- und Forstwirten und Organisation der Landschaftspflege organisieren.
  - Der Landesentwicklungsplan muss den unkontrollierten Aufwuchs an Handelsfläche vor allem durch Shopping-Malls und Outlet-Center in Mittel- und Oberzentren endlich wirksam unterbinden.